



Deutscher Pfadfinderverband e.V.

Jugendpolitisches Konzept

Stand: Oktober 2020

Inhalt

1.	Präambel	1
2.	Grundlagen	2
3.	Lehren aus der Vergangenheit	3
4.	Demokratie und Partizipation	4
5.	Soziale Gerechtigkeit	5
6.	Geschlechtergerechtigkeit	6
7.	Diversität	7
8.	Inklusion	8
9.	Migration und Integration	9
10.	Medien und Digitalisierung	10
11.	Ökologische Nachhaltigkeit	11
12.	Europa und Internationales	12
13.	Bildungspolitik	13
14.	Gesundheitspolitik	14
15.	Intervention und Prävention sexueller Gewalt	15
16.	Ehrenamt	16
17.	Kulturelle Angebote	17
18.	Mobilität	18
19.	Wohnen und Pfadfinder*innenheime	19

1. Präambel

Der Deutsche Pfadfinderverband (DPV) ist ein interkonfessioneller und parteipolitisch unabhängiger Dachverband für Pfadfinderbünde und -gemeinschaften. Er vertritt die Interessen von ca. 29.000 Jugendlichen im gesamten Bundesgebiet und ist als gemeinnützig anerkannt. Alle politischen Entscheidungen betreffen Kinder und Jugendliche mindestens doppelt: heute als Kinder und Jugendliche sowie als Erwachsene von morgen. Daher vertreten wir die (jugend-)politischen Interessen junger Menschen und aller Pfadfinder*innen aus dem DPV.

Gleichzeitig setzen wir uns mit Hilfe der pfadfinderischen Pädagogik dafür ein, dass junge Menschen ihre Interessen selbst aktiv vertreten können, dass sie aktive Gestalter*innen der Gesellschaft sind und werden, sowie Verantwortung für sich und ihre Umwelt übernehmen. Wir vertreten unsere Anliegen in den demokratischen Strukturen unserer Gesellschaft und bringen unsere Expertise in Fach- und Arbeitsgruppen zu jugendpolitischen Themen ein. Diese Arbeit bedarf einer Orientierung gebenden Grundlage. Als Grundlage dient dieses jugendpolitische Konzept.

2. Grundlagen

Im DPV sind unterschiedliche Strömungen der Pfadfinderei vereint. Als Dachverband sind wir bemüht, die vielfältigen Interessen unserer Mitglieder angemessen zu vertreten, und ihnen wertschätzend zu begegnen. Grundlage unserer Arbeit sind neben der pfadfinderischen Pädagogik die Kinder- und Menschenrechte.

Weiterhin bekennen wir uns zum Grundsatz „Jugend führt Jugend“ als Prinzip der Selbsterziehung, dem Gemeinschafts- und Gruppenprinzip, Naturverbundenheit, Internationalität, der Orientierung an gemeinsamen Werten, dem Aspekt des Austauschs und dem offenen Umgang mit dem Anderssein sowie zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Wir sprechen uns gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus. Im DPV ist grundsätzlich jede*r – unabhängig von Ethnizität, Religion, oder sexueller Orientierung – willkommen.

3. Lehren aus der Vergangenheit

Als DPV stehen wir für Jugendarbeit ohne Raum für Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Ziel unserer Arbeit ist, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu mündigen, verantwortungsbewussten und kritischen Individuen zu unterstützen. Wir setzen uns kritisch mit der Geschichte der Pfadfinderei und der Jugendbewegung auseinander, um somit eine Basis für gute Bildungs- und Aufklärungsarbeit – sowohl mit historischem als auch aktuellem Bezug – zu schaffen.

Aus der Rolle Deutschlands in der Geschichte, die insbesondere durch zwei Weltkriege und die grausamen Verbrechen der Deutschen im Holocaust geprägt wurde, ergibt sich auch für uns als Teil der deutschen Jugendbewegung eine besondere Verantwortung. Wir stellen uns gegen jede Verharmlosung und Verleugnung der Verbrechen im Nationalsozialismus. Wir lehnen geschichts- und gebietsrevisionistische Positionen ab und streben nach einer umfassenden Erinnerungskultur, die sich Pfadfinder*innen und Jugendbewegten sowohl im Widerstand zum, als auch in der Unterstützung des Nationalsozialismus widmet.

Auch mit Blick auf die politische Beeinflussung und Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen durch die FDJ, die dem diktatorischen Regime der DDR diente, lehnen wir jede Instrumentalisierung von Jugendarbeit ab und stehen ein für eine offene und demokratische Gesellschaft.

Zudem möchten wir uns mit den Wurzeln der Pfadfinderei im historischen Kontext des frühen 20. Jahrhunderts auseinandersetzen. Dazu gehört unweigerlich die Betrachtung der gesellschaftlichen Rolle der Pfadfinder*innenbewegung, beispielsweise die Haltungen und Handlungen Robert Baden-Powells und anderer historischer Vorbilder in Kolonialismus und Militarismus.

4. Demokratie und Partizipation

Unsere Pfadfinder*innenarbeit ist demokratisch und partizipativ, denn sie ermöglicht allen Beteiligten, ihre Meinung und ihre Wünsche einzubringen und durch das Übernehmen von Aufgaben sich auch an der Umsetzung zu beteiligen. Dabei zeigt sich, dass auch unter 18-jährige verantwortungsvoll für größere Gruppen Aufgaben planen und anleiten können. Deshalb gibt es in unserem Verband für die innerverbandliche Mitbestimmung – anders als beispielsweise bei der Bundestagswahl – kein Mindestalter von 18 Jahren. Nach den guten Erfahrungen damit sind wir davon überzeugt, dass auch für die demokratischen Wahlen in Bund und Land ein niedrigeres Wahlalter sinnvoll wäre, denn dort, wo Jugendliche mitentscheiden dürfen, gehen sie auch verantwortungsvoll damit um.

Gerade in Zeiten gezielter Fehlinformationen sollten demokratische Diskussionen und politische Meinungsbildung nicht von gefühlten Wahrheiten ausgehen, sondern auf überprüfbaren Fakten, der ernsthaften Beschäftigung mit einem Thema und den daraus gewonnenen Positionen beruhen. Wir glauben, dass das Interesse von Jugendlichen an gesellschaftspolitischen Diskursen durch ausgebaute Möglichkeiten der Partizipation gestärkt werden kann. Dabei sind insbesondere Elemente direkter Demokratie für Jugendliche interessant, sodass wir der Meinung sind, dass solche Elemente auf Kommunal- und Landesebene in unserer Gesellschaft gestärkt werden müssen. Denn damit, dass ihre Meinung und Stimme ein größeres Gewicht bekommt, steigt sowohl das Interesse an den Themen, aber auch die Verantwortung der Wähler*innen.

Die Regeln des politischen Zusammenlebens erlernen Jugendliche am besten in Jugendverbänden durch Selbsterfahrung. Das bedeutet auch, dass politische Bildungsangebote von Jugendverbänden durch Förderprogramme unterstützt werden müssen, damit beispielsweise eine vielfältige Auswahl von Referent*innen und Exkursionen möglich sind.

Da eine Mitbestimmung durch demokratische Wahlen noch nicht möglich ist, fordern wir, dass die Interessen Jugendlicher und damit der zukünftigen Generationen auch bei allen Gesetzesvorhaben berücksichtigt werden. Dazu soll der Jugendcheck gesetzlich verankert werden und eine notwendige Voraussetzung für neue Gesetzesvorhaben werden.

5. Soziale Gerechtigkeit

Die Gestaltung und Erhaltung einer sozial gerechten Gesellschaft hat für uns als Pfadfinder*innen hohe Priorität. Mit dem Blick in unsere eigenen Strukturen sehen wir die Notwendigkeit, die Ursachen für tendenziell homogene Gruppenzusammensetzungen zu ergründen und im Zugang die Hürden für unterrepräsentierte Personengruppen abzubauen. Mit dem Blick nach außen fordern wir, dass hinsichtlich der verschiedenen Dimensionen sozialer Gerechtigkeit geeignete Maßnahmen und Instrumente ergriffen werden, welche dem Folgenden Genüge tragen: Wir fordern, substantielle Armut unmittelbar und nachhaltig zu lindern. Insbesondere die Bekämpfung von Kinderarmut und intergenerationeller Armut hat für uns erste Priorität.

Eine elementare Dimension sozialer Gerechtigkeit sehen wir in der Gleichverteilung von Zugangschancen zu Bildung, sozialer Partizipation, sowie zu angemessener und würdiger Erwerbsmöglichkeit. Barrieren im Zugang sind minimal zu gestalten. Auf der (für den Pfadfinder*innen-Alltag) praktischen Ebene umfasst dies etwa die Unterstützung finanziell schwächer gestellter Haushalte, um die Teilnahme an Fahrten und anderen Aktivitäten zu ermöglichen, und im selben Zuge niedrigschwellige Antragsvorgänge. Wir fordern eine funktionierende Sicherung gegen soziale Härten, und dadurch die Erhaltung der individuellen Selbstständigkeit und Selbstbestimmung. Insbesondere verlangen wir explizit die Berücksichtigung marginalisierter Gruppen in der Ausgestaltung von Gesellschaft und Sozialpolitik.

Abschließend zu diesem Punkt halten wir fest, dass wir soziale Gerechtigkeit nicht allein als materielle Umverteilung im Rahmen des Sozialstaates begreifen, sondern vielmehr die letztlich globale Dimension der Thematik anerkennen. Im gleichen Zuge betonen wir Geschlechtergerechtigkeit als fundamentales Element einer sozial gerechten Gesellschaft.

6. Geschlechtergerechtigkeit

Als Pfadfinder*innen setzen wir uns für die Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen, Jungen und Männern und nicht-binären Personen ein. In unserem Verband darf jede*r vollwertiges und gleichberechtigtes Mitglied werden.

Diese Gleichberechtigung darf sich aber nicht auf unseren Verband beschränken. Daher fordern wir eine Gleichberechtigung aller Geschlechtsidentitäten im öffentlichen Raum, die in klaren Maßnahmen, etwa gleicher Bezahlung, Repräsentation und gleichen Bildungschancen, Anwendung finden muss. Diskriminierungsfreie Sprache sehen wir als elementaren Bestandteil von Geschlechtergerechtigkeit.

7. Diversität

Wir sehen uns Pfadfinder*innen als vielfältige Gemeinschaft, in der jede*r willkommen ist, unabhängig von kulturellem oder sozioökonomischem Hintergrund, Ethnizität, sexueller Orientierung, Geschlecht, körperlicher oder geistiger Behinderung und Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, solange diese mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung vereinbar sind.

Als Jugendverband schaffen wir ein Umfeld, in dem sich Kinder- und Jugendliche möglichst frei entfalten können. Wir setzen uns dafür ein, bei unseren Veranstaltungen Barrieren abzubauen, um diese für alle Mitglieder zugänglich zu gestalten und Partizipation zu ermöglichen. Wir fordern die Akzeptanz von Vielfalt und fordern ein Miteinander ohne gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Außerdem verfolgen wir eine interkulturelle Öffnung und einen niedrigschwelligen Zugang für marginalisierte Gruppen.

Da sich Diskriminierungs- und Ausschließungsmechanismen auch in der Sprache und der öffentlichen Repräsentation niederschlagen, fordern wir diesbezüglich einen Wandel, um die Vielfalt unserer Gesellschaft angemessen abzubilden.

8. Inklusion

Pfadfinderei richtet sich mit ihren Angeboten an alle Kinder und Jugendlichen. Damit aber auch Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen daran teilnehmen können, sind oft vielfältige Voraussetzungen zu erfüllen. Eine davon ist die Möglichkeit die Stammesheime überhaupt erreichen zu können. Dazu müssen diese barrierefrei sein. Heime barrierefrei umzubauen ist aus zwei Gründen schwierig: Erstens gehören die Heime oft nicht den Pfadfinder*innenverbänden, sondern der öffentlichen Hand, sodass diese die Baumaßnahmen übernehmen müsste und dort, wo die Heime den Pfadfinder*innenverbänden gehören, stellen die Kosten für solche Baumaßnahmen eine große Hürde dar, sodass an dieser Stelle Fördermittel notwendig sind.

Damit die Leitungen in der Lage sind, Kindern und Jugendlichen mit Assistenzbedarf angemessen zu begegnen und eine funktionierende Gruppe zu leiten, sind auch Weiterbildungen für die Leitungen der Pfadfinder*innengruppen nötig, um sie für die Bedürfnisse von Kindern mit Assistenzbedarf zu sensibilisieren und in die Lage zu versetzen, diese Kinder in der Gruppe zu betreuen. Solche Weiterbildungen müssen durch Förderungen für die Leitungen finanzierbar sein.

Mit unserem Verständnis von Demokratie ist es auch nicht vereinbar, Menschen mit Beeinträchtigungen von den demokratischen Wahlen auszuschließen. Die vom Bundesverfassungsgericht für unverfassungsmäßig erachteten Wahlrechtsausschlüsse auf Bundesebene müssen auch für die Europawahlen abgeschafft werden.

9. Migration und Integration

Pfadfinder*innen gibt es fast überall auf der Welt. Als DPV sehen wir uns als Teil dieser weltweiten Pfadfinder*innenbewegung, die wir auch als Instrument der Völkerverständigung begreifen.

Weltweit fliehen Menschen vor Krieg, Hunger, Armut und Verfolgung. Wir fordern sowohl eine nachhaltige Bekämpfung der Fluchtursachen durch die Politik, als auch die Etablierung weiterer legaler Zugangswege nach Europa und einen besonderen Schutz von Kindern und Jugendlichen auf der Flucht. Dazu braucht es ein gesamteuropäisches Konzept für Migration und Flucht. Seenotrettung muss wieder staatlich organisiert werden und die Kriminalisierung der Seenotretter*innen muss gestoppt werden. Außerdem fordern wir die Einhaltung von Menschenrechten. Dazu gehört die konsequente Umsetzung des Rechts auf Familiennachzug und insbesondere die Achtung des völkerrechtlichen Refoulement-Verbots.

Wir setzen uns für kulturelle Vielfalt und Integration ein. Dabei sehen wir Migrant*innen nicht als Gäste, sondern als gleichwertige und -berechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft. Integration kann besonders über die Mitgliedschaft in Jugendverbänden gelingen. Aus diesem Grund setzen wir uns für die Teilhabe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Jugendverbänden ein. Diese muss verstärkt durch staatliche Förderungen und Fortbildungen, wie beispielsweise Schulungen zum Umgang mit Kindern mit Flucht- und Kriegserfahrungen, begleitet werden.

10. Medien und Digitalisierung

Die Digitalisierung prägt die Umwelt aller Kinder und Jugendlichen in unserem Verband. Dabei wird die Pfadfinderei von ihnen als bewusster Schutzraum wahrgenommen, in dem soziale Medien nicht omnipräsent sind. Nichtsdestotrotz ist es eine Frage der Chancengleichheit, dass der Zugang zu digitalen Angeboten für alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen möglich ist. Das ist vor allem im ländlichen Raum, aber nicht nur dort, wichtig. Dabei muss ein wirksamer Kinder- und Jugendschutz gewährleistet sein, etwa vor Cyber-Bullying, Fake News und Hatespeech.

Darüber hinaus gilt es, medienpädagogische Angebote, sowohl in der Schule als auch in Jugendverbänden, weiter zu fördern und zu entwickeln, denn der Umgang mit digitalen Medien ist eine der Schlüsselkompetenzen unserer Zeit. Nicht nur bezüglich Kinder und Jugendlicher bedarf es eines zeitgemäßen Datenschutzes, der den Wert persönlicher Daten anerkennt und diese entsprechend schützt. Zudem benötigt es ein Urheberrecht, das sich nicht mehr an den Begebenheiten des analogen Zeitalters orientiert, sondern den gewandelten Realitäten des 21. Jahrhunderts gerecht wird.

11. Ökologische Nachhaltigkeit

Als Pfadfinder*innen leben wir in und mit der Natur, weswegen es für uns einen besonderen Stellenwert hat sich für das Klima einzusetzen und somit dabei mitzuhelfen die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandel zu reduzieren, die Zerstörung der Natur auf ein Minimum zu begrenzen und die Emissionen so gering wie möglich zu halten. Die Ursachen des Klimawandels müssen entschieden bekämpft werden, damit natürliche Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Gerade für uns als Pfadfinder*innen ist das Naturerlebnis eine zentrale pädagogische Methode, durch die die Mitglieder viel über die Natur, sich selbst und ihre Gruppe lernen.

Wir fordern, dass das im dem Pariser Klimaabkommen 1,5°C beschlossene Ziel ernst genommen und eingehalten wird. Denn es muss globale Verantwortung für den Klimawandel übernommen werden. Daneben müssen Naturschutzgebiete erhalten bleiben, in denen die Natur sich vom Menschen unberührt entwickeln kann. Solche Gebiete auf ökologisch sinnvolle Weise kennenlernen zu können, ist für Kinder und Jugendliche sehr wichtig, damit sie verstehen und kennen, was sie schützen wollen. Zusätzlich muss die Qualität der Gewässer gewährleistet bleiben.

Wir sehen es als wichtiges Ziel unserer Arbeit an, unsere Mitglieder in die Lage zu versetzen, die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und ihre Umsetzung beurteilen und mitgestalten zu können. Aus diesem Grund ist Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) für uns als Pfadfinder*innenverband ein wichtiges Instrument, denn die dahinterstehenden SDGs und ihre Verwirklichung haben maßgeblichen Einfluss auf die Welt, in der unsere Mitglieder in Zukunft leben werden, und das menschliche Überleben allgemein.

Da die nötige Bildungsarbeit aber nur selten von ehrenamtlichen Jugendlichen geleistet werden kann, müssen Förderprogramme auf einfache Weise die Möglichkeit schaffen, an dieser Stelle externe Referent*innen hinzuziehen, damit unsere Mitglieder informiert werden und wir unser Ziel nachhaltiger Jugendarbeit gemeinsam durchsetzen können. Bei der Planung von Fahrten und Gruppenstunden ist es uns ein Anliegen, diese möglichst unter dem Aspekt der ökologischen Nachhaltigkeit auszurichten. Es ist uns – mit Blick auf die soziale Nachhaltigkeit – dennoch ein Anliegen, die entstehenden Kosten so gering wie möglich zu halten, um auch finanziell schwächeren Kindern und Jugendlichen die Teilnahme zu ermöglichen. Dieses Anliegen sollte durch die Bezuschussung mit Fördergeldern unterstützt werden.

12. Europa und Internationales

Die EU ist für unseren Verband und alle Kinder und Jugendlichen darin ein Zuhause, das es mit den offenen Grenzen innerhalb Europas ermöglicht, dass Kinder und Jugendliche sich gegenseitig kennenlernen, kulturübergreifend voneinander lernen und damit zusammenwachsen. Internationale Austauschprogramme, europäische Hochschulen bzw. die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und Studienleistungen sowie die Jugendförderung sind dafür von zentraler Wichtigkeit und tragen insgesamt dazu bei, gegenseitiges Verständnis, Offenheit für andere und neue Ideen und Respekt zu erfahren und zu lernen. Jedoch schränken die bürokratische Beantragung und Abwicklung von internationalen Begegnungen die Möglichkeiten von Jugendverbänden solche Begegnungen durchzuführen stark ein.

Wir fordern mehr Flexibilität bei der Antragstellung, sodass mehr Kinder und Jugendliche von internationalen Austauschprogrammen profitieren können. Nicht nur unsere gemeinsame Währung, der Euro, sondern viel mehr die gemeinsamen europäischen Werte und die gemeinsame Geschichte von zwei Weltkriegen und einer daran anschließenden, in Europa beispiellosen, Friedens- und Wohlstandszeit verpflichten zur europäischen Solidarität. Wir fordern auf Regierungsebene die Solidarität, die Kinder und Jugendliche in internationalen Begegnungen selbstverständlich vorleben.

Das gilt aber nicht nur bis zu den Außengrenzen der EU, sondern auch für die Entwicklungszusammenarbeit oder die Handelspolitik mit Drittstaaten, die auf Augenhöhe, solidarisch und nachhaltig sein muss, damit auch zukünftige Generationen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Das bedeutet auch die Einhaltung von politischen Vereinbarungen, insbesondere von völkerrechtlichen Verträgen und Regelungen.

13. Bildungspolitik

Die Grundsätze der Pfadfinderei zum Thema Bildung beruhen auf dem Prinzip "Learning by Doing". Wir glauben an einen Lernansatz über das Herz (emotionale Ebene), die Hand (Praxisbezug) und den Kopf (Theorie). Alle drei Bereiche müssen gleichermaßen angesprochen werden, um Gelerntes zu verinnerlichen und Kreativität zu fördern. Die Bereiche Herz und Hand dürfen nicht benachteiligt werden und müssen auch in der Freizeit weiter gefördert werden. Bei uns geht es um ein Lernen in und mit der Natur, demokratisch und zwischenmenschlich. Dabei sind außerschulische Aktivitäten der Jugendarbeit an Nachmittagen und dem Wochenende als Bildungsweg wertzuschätzen und sollten einen höheren Stellenwert bekommen.

Außerdem ist ein freier und kostenloser Zugang zu Bildung essenziell, um Chancengleichheit für alle zu erreichen. Schulbesuch, Ausbildung und Studium sollten die wichtige Jugendarbeit nicht erschweren oder verhindern. Um beide Bedürfnisse in Einklang zu bringen, sollte es eine möglichst gute Kommunikation zwischen den Schulen, Kommunen und der Jugendarbeit geben. Außerdem sollen die Vorteile einer Digitalisierung der Lehre und des selbstbestimmten Studiums dazu genutzt werden zeitliche Freiräume für ein Engagement in der Jugendarbeit zu schaffen. Um auch Auszubildenden die Fortführung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zu ermöglichen, sollte diesen zur Ausübung des Engagements bezahlter Sonderurlaub gewährt werden.

Wir fordern darüber hinaus, dass weiterführende Bildung in Form eines Studiums oder einer Ausbildung für jede*n durch Bafög-Bezug möglich ist. Außerdem fordern wir, dass genügend Studienplätze für alle interessierten Studienanfänger*innen zur Verfügung gestellt werden.

14. Gesundheitspolitik

Als Pfadfinder*innen stehen wir für ein gesundes Miteinander ein. Kein Mensch ist weniger wert und hat es verdient schlechter behandelt zu werden. Aus diesem Grund fordern wir eine Gleichstellung aller Menschen im Gesundheitssystem. Wir fordern eine umfassende medizinische Versorgung einschließlich vorbeugender Maßnahmen, auch im ländlichen Raum.

Prävention kann durch Informationspflicht zur Ernährung, gesundheitliche und sexuelle Aufklärung, sportlicher Betätigung und sexuelle Selbstbestimmung erfolgen. Eine Enttabuisierung von psychischen Krankheiten muss erfolgen und ausreichend Therapieplätze müssen unbürokratisch und schnell zur Verfügung stehen. Wir fordern gut aufgestellte und gut finanzierte Beratungsstellen, auch im ländlichen Raum.

Ein achtsamer Umgang mit seinem Körper und seinem Geist ist ein Grundsatz, der in der Pfadfinderei wichtig ist. Dazu gehört unter anderem eine gesunde und ausgewogene Ernährung. Erreichen können wir dies beispielsweise durch eine gesunde Schulversorgung, eine für jede*n einfach nachvollziehbare Kennzeichnung von Lebensmitteln und der kostenlosen Bereitstellung von Obst und Gemüse in Schulen und Jugendeinrichtungen.

15. Intervention und Prävention sexueller Gewalt

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist für uns das Wichtigste. Deshalb setzen wir uns für Intervention und Prävention von sexualisierter Gewalt ein. Wir müssen daher kritisch auf unsere Strukturen schauen. Stetige externe Weiterbildung für Verantwortungsträger*innen ist dafür sehr wichtig. Für diese Weiterbildungen fordern wir finanzielle Förderung des Staates.

Um sexuelle Gewalt nachhaltig zu bekämpfen, bedarf es gesamtgesellschaftlich einer altersgerechten Sexualpädagogik, einhergehend mit der Enttabuisierung von Sexualität und der Entstigmatisierung des Umgangs mit sexuellen Übergriffen. Außerdem werden überall dort, wo Kinder und Jugendliche aktiv sind, Schutzkonzepte benötigt. Daran anknüpfend verfolgen wir auch im DPV und den Mitgliedsbünden die Entwicklung und Umsetzung entsprechender Konzepte.

16. Ehrenamt

Die Arbeit unseres Pfadfinder*innen-Verbandes beruht auf ehrenamtlichen Engagements. Dies muss anerkannt und europaweit gefördert werden. Als Pfadfinder*innen-Verband sind wir Orte Non-formalen Lernens, also ein Lernen außerhalb der formalen Bildungsstätten, wie Schule oder Universität. Orte non-formalen Lernen verdienen die gleiche Würdigung wie Schulen und andere Institutionen des formalen Lernens. Die staatliche Förderung soll erhöht werden und in ihrer Beantragung und Umsetzung vereinfacht werden.

Ehrenamt muss gefördert und gewürdigt werden. Oft ist es für Pfadfinder*innen schwer, Schule, Ausbildung oder Studium und Familie mit dem Ehrenamt zu verbinden. Deshalb benötigen wir Strukturen, die Ehrenamt fördern, wie beispielsweise eine Erhöhung des Bafögs und eine Verlängerung bei ehrenamtlichen Engagements, Credit Points an Universitäten für ehrenamtliches Engagement und Sonderurlaub für Veranstaltungen. Die Beantragung von bezahltem Sonderurlaub muss schneller und unbürokratischer möglich sein.

Die Jugendleiter*in-Card (Juleica) wurde 1999 eingeführt und soll für Qualität und Qualifizierung in der Jugendarbeit stehen. Die Juleica muss stärker und konkreter anerkannt werden und in seiner (Weiter-)beantragung vereinfacht werden. Nicht nur bei der Juleica, sondern auch bei staatlicher Förderung ist ein Bürokratieabbau notwendig, damit auch junge Menschen ohne Vorkenntnisse diese beantragen und umsetzen können. Schulbefreiungen für Juleica-Inhaber*innen sollten in den Schulgesetzen verankert werden. Wir fordern, dass die Juleica auch für Jugendliche ab 14 Jahren zur Verfügung steht. Außerdem sollte jede*r Juleica-Inhaber*in gleichzeitig auch die Ehrenamtskarte bekommen, um so die Karten nicht gegeneinander auszuspielen.

Uns als DPV ist eine Qualifizierung unserer Mitglieder wichtig. Wir fordern Rechtssicherheit und juristische Beratung zu uns betreffenden Themen, wie beispielsweise durch eine extra dafür eingerichtete Hotline.

17. Kulturelle Angebote

Als Pfadfinder*innen definieren wir Kultur als vielfältig und wandelbar. Sie ist Ausdruck menschlicher Schaffenskraft und beinhaltet sowohl traditionelle, als auch moderne und innovative Elemente.

Eine kritische Betrachtung neuer, aber auch traditioneller Elemente, wie beispielsweise der Herkunft des bündischen Liedguts, ist uns wichtig. Nicht nur in unserem Dasein als Pfadfinder*innen, wo kulturelle Angebote eine große Rolle spielen, sondern auch darüber hinaus sollte Kultur für jede*n erschwinglich und zugänglich sein.

Da Kinder und Jugendliche niedrigschwellige Zugänge zu Literatur brauchen, fordern wir kostenfreie Bibliotheken. Kulturelle Begegnungsstätten, wie Theater und Museen, sollten kostengünstig für junge Menschen angeboten werden. Wir fordern eine Befreiung von der GEMA-Pflicht für Veranstaltungen von Jugendverbänden, um diese finanziell und organisatorisch zu entlasten.

18. Mobilität

Eine der größten Eigenschaften der Pfadfinder*innen ist es, zu reisen und die Welt zu erkunden. Um verschiedene Kulturen, Natur, Länder und Folklore sowohl innerhalb Deutschlands als auch in Europa und der ganzen Welt kennenzulernen, sollte es genug Möglichkeiten geben, sich ohne Autos und umweltbewusst fortbewegen zu können. Aus diesem Grund setzen wir uns für den Ausbau von öffentlichen und barrierefreien Verkehrsmitteln wie Bus, Bahn und auch Schiff besonders in den ländlichen Bereichen ein. Zusätzlich wollen wir die Berührungspunkte mit der Natur durch mehr und sichere Rad- und Wanderwege fördern – sowohl Nah- als auch Fernwege. Damit auch hierbei alle teilhaben können und diese nachhaltigen Möglichkeiten der Fortbewegung stärker genutzt werden können, setzen wir uns für die Vergünstigung von öffentlichen Verkehrsmitteln ein vor allem im Hinblick auf Schüler*innen-, Studierenden-, Auszubildenden- und Gruppentickets und Rabatten.

Um gesellschaftliches Engagement zu stärken, fordern wir die kostenlose Mitnahme im Nah- und Fernverkehr für Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten und vergünstigte Fahrpreise für Ehrenamtliche.

Um unsere Jugendarbeit weiter in und mit der Natur durchführen zu können, fordern wir im Rahmen ihrer Ausübung die Erlaubnis zum Zelten in öffentlich zugänglichen Wäldern und Wiesen, insofern dabei der Schutz der Umwelt geachtet wird.

19. Wohnen und Pfadfinder*innenheime

Knapper Wohnraum und steigende Mieten betreffen die Mitglieder des DPVs nicht nur, da viele Pfadfinder*innen studieren oder Ausbildungen machen, oft umziehen und günstigen Wohnraum benötigen, sondern auch als Betreiber*innen der Pfadfinder*innen-Heime.

In letzter Zeit waren mehrere Verbände davon betroffen, dass die Stadt und ihre Bezirke die Nutzung von Räumen, die von Jugendverbänden seit Jahrzehnten genutzt wurden, beenden oder ändern wollte, ohne diese zu beteiligen. Wir fordern, dass der zuständige Jugendhilfeausschuss frühzeitig und nicht nur auf Wunsch der Verbände hin beteiligt wird. In der Jugendhilfeplanung der Bezirke wird die Jugendverbandsarbeit teils vollständig ignoriert, obwohl eine gesetzeskonforme Sozialraumplanung ohne diese nicht möglich ist. Ohne Räumlichkeiten, in denen selbstorganisierte und eigenverantwortete Arbeit stattfinden kann, ist ehrenamtliche Jugendverbandsarbeit nicht möglich!

Als Grundlage soll der Bestand der sich im öffentlichen Eigentum befindenden und durch Jugendverbände und -gruppen genutzten Räume erfasst werden, um die Bezirke und die Behörden hierüber zu informieren.

Der DPV fordert weiterhin, die betroffenen Verbände und ihre Zusammenschlüsse im Falle von Nutzungsänderungen zu informieren und die zuständigen Jugendhilfeausschüsse so rechtzeitig mit den sich ergebenden Problematiken zu befassen, dass diese ihre Zuständigkeiten angemessen wahrnehmen können. Zudem sollten die betroffenen Verbände bei der Suche und Finanzierung neuer Räumlichkeiten durch die Fachbehörde, die Bezirke und die Finanzbehörde unterstützt werden, um wegfallende Objekte adäquat zu ersetzen.